

Was vor genau 25 Jahren am 24.Juni (Johannestag) 1988 in Halle zur öffentlichen Diskussion vorgelegt wurde, ist erstaunlich aktuell geblieben.

Nichts ist erledigt!

Thesen zum Kirchentag in Halle 1988

*"Die Zeit des Schweigens ist vergangen
und die Zeit zu reden ist gekommen."* Martin Luther 1520

Unser Land gerät in eine viele Lebensbereiche betreffende Krise seiner Entwicklung - mitten in einer Welt, die in eine Krise geraten ist. Dürre- und Überschwemmungskatastrophen, Hungersnöte und Artensterben, Wasserverseuchung und Luftverschmutzung, Atomunfälle und Giftkatastrophen sind warnenden Vorboten einer Lebensbedrohung globalen Ausmaßes. Dies nötigt dazu, Schweigen aufzugeben und Verschweigen nicht weiter zuzulassen. Von vielen nachdenklichen Menschen in aller Welt wird eine grundlegende Wende, ein neues Denken, eine Umkehr von lebensbedrohenden Wegen gesucht, erhofft, gefordert. Sie verweisen auf eine gemeinsame Verantwortung aller Menschen für die Zukunft des Lebens auf diesem Planeten. Dem entspricht die Suche nach verbindenden und verbindlichen allgemeinmenschlichen Werten und Handlungen. Wo lebensbedrohende irreversible Prozesse einganggesetzt werden, ist ein rechtzeitiges und entschlossenes Umsteuern nötig. Nur die Wahrheit wird uns freimachen zu einem Handeln, das der Größe der Probleme entspricht, die auf die Menschheit und die Menschen in unserem Land zukommen. Einige mutige und ermutigende Schritte in der Friedenspolitik sind inzwischen gegangen worden. Darüber sind wir froh und hoffen auf weitere breite Ent-Rüstung.

Es geht uns Christen zuerst um unser Umdenken und um eine Umkehr, die jeden einzelnen in der Tiefe betrifft und eine Umgestaltung gesellschaftlicher Strukturen braucht.

Wir betrachten unsere gesellschaftliche Apathie als eine zeitgenössische Gestalt der Sünde in uns. Wir wollen dem aktiv und konkret entgegenwirken, uns nicht in unsere privaten "Nischen" zurückziehen, noch auswandern, sondern unsere Mitverantwortung in der Gesellschaft eigenständig und kooperativ wahrnehmen.

Die Probleme lassen sich nicht ohne eine breite Partizipationsbereitschaft und -möglichkeit der Bürger lösen. Weil eine gesellschaftliche Partizipation bei uns unterentwickelt ist, hat sich ein Gemisch aus Apathie,

organisierter Verantwortungslosigkeit, Tabuisierung und Verleugnung von Problemen ergeben.

Wir wenden uns deshalb auch an die bestehenden staatlichen Institutionen. Wir erhoffen von ihnen sachentsprechende Reformen und wollen selber als Mitbürger dazu beitragen.

Mit dem, was wir konkret benennen, wollen wir den produktiven Streit hervorlocken. Dafür brauchen wir in unserer Gesellschaft angstfreie und demokratische Formen, sowie den Mut, uns Irrtümer einzugestehen und sie zu korrigieren. Wir wissen um die Handlungszwänge, in die wir inzwischen geraten sind. Wir wollen uns daraus befreien. Über das WIE der Problemlösung muss mit Kompetenz und Engagement gerungen werden.

Weil wir uns als Christen in der Freiheit und Bindung des Glaubens mitverantwortlich und damit auch mitschuldig fühlen für das, was aus diesem Lande wird, halten wir es für nötig und geboten, dass wir unsere Angst, unser Mißtrauen und unsere Erwartungslosigkeit überwinden, die Chancen der Umkehr sehen und ergreifen und einen Freimut gewinnen, aus dem wir in kritischer Solidarität auf die Erneuerung unserer Gesellschaft drängen.

Weil sich in der Gesellschaft Gleichgültigkeit, Resignation und Stagnation ausbreiten und sich die Zahl der Menschen erhöht, die sich deshalb zurückziehen oder hier nicht mehr leben wollen, halten wir es für nötig, darüber offen zu reden und die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen so umzugestalten, dass mehr Bürger gesellschaftliche Mitarbeit als sinnvoll erleben.

Weil sich auch in der Entwicklung sozialistischer Staaten gezeigt hat, wie es durch Bürokratismus und Amtsmissbrauch, Konformismus und Dogmatismus, Behördenwillkür und Obrigkeitsfurcht zur gesellschaftlichen Depression kommt und dem Sozialismus in seinem Wesen geschadet wird, halten wir es für dringlich, solche Erscheinungen offenzulegen und auch bei uns auftretende Mißstände zu überwinden.

Weil jeder Bürger einen legitimen Anspruch auf umfassende Information über alle relevanten Lebensfragen hat, halten wir es für erforderlich, unsere Medienpolitik so zu verändern, dass die Komplexität und Widersprüchlichkeit der Wirklichkeit wiedergespiegelt wird, um eine eigene Urteilsbildung zu ermöglichen und bewußtes Handeln zu fördern.

Weil eine andauernde Erfolgsbilanz, die Sicht durch die »rosa-rote Brille«, das Weglassen bzw. Verschweigen von Fehlern, Mißständen und Wahrheiten nicht dazu anregen, angestaute Probleme in Angriff zu nehmen, halten wir es für dringlich, ein von Offenheit, Wahrhaftigkeit und kritischer Verantwortungsbereitschaft geprägtes gesellschaftliches Klima zu schaffen.

Weil das bisherige Wahlsystem den Wettstreit behindert hat, halten wir es für erforderlich, bei allen Wahlen erkennbare Entscheidungsmöglichkeiten zwischen mehreren Kandidaten zuzulassen.

Weil ein gesellschaftliches Bewußtsein sowie eine staatsbürgerliche Mitwirkung nur von Bürgern erwartet werden können, die sich als mündig erfahren, halten wir es für erforderlich, die Mitbestimmungsmöglichkeiten in allen gesellschaftlichen Bereichen spürbar zu erweitern, die Entscheidungen von Behörden zu begründen und damit einsichtig zu machen.

Weil sich das Eingabengesetz nicht als hinreichend erwiesen hat und Behördenentscheidungen schwer anfechtbar geblieben sind, halten wir es für erforderlich, eine unabhängige Verwaltungsgerichtsbarkeit einzurichten.

Weil das Strafgesetzbuch und der Strafvollzug in vielem dem humanistischen Menschenbild und den Idealen einer neuen Gesellschaft nicht entsprechen, halten wir es für erforderlich, eine Revision in Sprache, Inhalt und Praxis vorzunehmen.

Weil nur eine lebendige Kultur des Streits um die Wahrheit und um den besten Weg des menschlichen Miteinanders zu einer humanen, gerechten und überlebensfähigen Welt führt, halten wir es für erforderlich, dass die Kommunisten auf das mit Macht ausgeübte Wahrheitsmonopol und auf den prinzipiellen gesellschaftlichen Überlegenheitsanspruch verzichten.

Weil die nach außen gerichtete Friedenspolitik unseres Landes dann glaubhafter und wirksamer wird, wenn sie mit der gleichen Beharrlichkeit auch innerhalb der Gesellschaft gewährt wird, halten wir es für dringlich, im gesamten Erziehungskonzept vom Kindergarten bis zur Berufsausbildung und darüber hinaus aus dem jetzigen System der Wehrerziehung in ein neues System der friedlichen Konfliktbewältigung überzugehen.

Weil der Olof-Palme-Friedensmarsch in der DDR neben seinen abrüstungspolitischen Impulsen ein erster öffentlich wirksamer Schritt zur Überwindung der inneren Abgrenzungspraxis von Staat und Kirche war, halten wir es für erforderlich, diesen offenen und öffentlichen Dialog zur Vertrauensbildung zwischen den Völkern und in unserem Land weiterzuführen.

Weil es ein unbegreiflicher Anachronismus ist, wenn ausgerechnet die Grenzen zwischen den sozialistischen Staaten so wenig durchlässig sind, halten wir es für erforderlich, die politischen, sozialökonomischen, juristischen und geistigen Bedingungen für die Freizügigkeit der Begegnungen zu schaffen.

Weil es auch bei uns Abwehr oder gar Überlegenheitsgefühle gegenüber Menschen aus Osteuropa und aus der Zweidrittelwelt gibt, halten wir es für erforderlich, die Vorurteile auf allen Ebenen zu bearbeiten und mehr Möglichkeiten für gegenseitiges Verstehen und Verständigung zu schaffen.

Weil wir in einer vielfältig verflochtenen Welt leben und auch der Ferne unser Nächster geworden ist, halten wir es für nötig, unsere Orientierung auf die materiell arm gemachten Völker statt auf den reichen Westen zu richten, eine Kultur des Teilens einzuüben, das Konzept »Abrüstung für Entwicklung« konkret zu unterstützen und auf eine gerechte Weltwirtschaftsordnung hinzuwirken.

Weil unser machtförmiger Umgang mit der uns umgebenden Welt uns angesichts seiner zerstörerischen Folgen ohnmächtig zu machen droht, halten wir es für dringlich, einen grundlegenden Bewußtseinswandel durch eine gesamtgesellschaftliche Diskussion über die vitalen Herausforderungen der Zukunft zu beginnen, unsere bisherigen gesellschaftlichen Zielsetzungen zu überprüfen, ein »neues Denken« zu entwickeln und nach lebensverträglichen Werten und Verhaltensweisen zu suchen.

Weil das Bewußtsein für den wahren Wert der Produkte gering ist, halten wir es für erforderlich, die Preise für Grundnahrungsmittel, Wohnungen und Energie so zu gestalten, dass nicht weiter achtlos damit umgegangen wird.

Weil Energiesparen eine der Hauptaufgaben unserer Wirtschaft sein muß und die Energieverschwendung noch immer unvertretbar hoch ist, halten wir es für dringend erforderlich, alles für die Senkung des

Energieverbrauchs zu tun, indem konsequenter über Aufwendungen und Gefahren der Energieerzeugung informiert, die materiell-technische Basis zur rationellen Energieausnutzung geschaffen und alternative Energiegewinnung und deren Nutzung materiell stimuliert wird.

Weil wir die Erde unseren Kindern und Enkeln lebenswert zu hinterlassen haben, halten wir es für dringlich, dass gerade in einem sozialistischen Land der Konflikt zwischen Ökologie und Ökonomie keinen Verlierer mehr hat.

Weil die kommende Generation auf die bedrängenden Zukunftsprobleme vorbereitet werden muß, halten wir es für erforderlich, dass der Erziehungs- und Bildungsprozeß kreativer, naturnäher und ganzheitlicher wird, die Ehrfurcht vor dem Leben Priorität bekommt vor der Herrschaft über das Leben und Übungsfeld wird für »gesellschaftliche Erfindungen«.

WIR WERDEN ERFAHREN, dass WIR DURCH DIESE
ERNEUERUNG LEBEN GEWINNEN.
ABER SIND WIR PERSÖNLICH BEREIT, DIE SCHWIERIGKEITEN
AUF DIESEM WEG ZU TRAGEN?

Wittenberg am Johannestag 1988

Diese Thesen wurden von 16 Mitgliedern des Wittenberger Friedenskreises erarbeitet.

Sie wurden am Johannestag, dem 24. Juni 1988 der Arbeitsgruppe „Umkehr führt weiter – wo gesellschaftliche Erneuerung nötig wird“ des Kirchentags in Halle vorgelegt, diskutiert, beschlossen und veröffentlicht. (Eintausendmal vom Kirchentagsbüro in Halle auf Wachsmatrize.) Allerdings konnten sie in keiner DDR-Zeitung erscheinen – selbst in Kirchenzeitungen durfte nicht einmal die Existenz jener Arbeitsgruppe l erwähnt werden. Die Thesen – ohne Vorspruch - wurden daraufhin im Juli 1988 in der „Frankfurter Rundschau“ veröffentlicht.

Nachrichtensmitschnitte - Kirchentag Halle 1988

Am 24. Juni 1988 wurde in den Nachrichten des Deutschlandsfunks abends dieser Bericht gegeben:

"Mit einem Gottesdienst auf einem Sportplatz in Halle ist am Nachmittag der Evangelische Kirchentag der Provinz Sachsen zu Ende gegangen. Mehr als zehntausend Menschen haben nach Agenturberichten an dem Gottesdienst teilgenommen. Verabschiedet wurden die von einer Wittenberger Gruppe erarbeiteten 20 Thesen zur gesellschaftlichen Erneuerung, in denen mehr Offenheit und Dialog in der DDR gefordert werden. Zusammen mit größerer Information seien sie die Voraussetzung für die erforderlichen Möglichkeiten zur Mitbestimmung der Bürger. Außerdem werden Alternativentscheidungen bei Wahlen, die Einführung einer Verwaltungsgerichtsbarkeit sowie Veränderungen im Strafrecht und Strafvollzug verlangt. Der Konsistorialpräsident der Kirche von Berlin-Brandenburg Stolpe betonte vor den evangelischen Christen in Halle, der Druck in der DDR nach Veränderung sei umfassend und die Kirche werde an einer möglichen Reformpolitik mitarbeiten. So habe es in den vergangenen Jahren bereits positive Anzeichen gegeben, doch jetzt sei ein qualitativer Sprung nach vorn nötig, sagte Stolpe. Teilnehmer des dreitägigen Laientreffens kritisierten in einem Schreiben an DDR-Ministerpräsident Stoph die jüngsten Zensurmaßnahmen, von denen mehrere Kirchenzeitungen betroffen worden seien. Sie forderten die Freigabe des Kirchenblattes *Glaube und Heimat*, deren Erscheinen von der DDR-Führung verhindert wurde. In der betroffenen Ausgabe vom 19. Juni war unter anderem über den Evangelischen Kirchentag von Erfurt berichtet worden."

Auf dem Kirchentag ging es um Fragen, die auch den Westen betreffen. Das war jetzt, auf dem Kirchentag in Halle nicht anders. Heute ging er zu Ende. Aus Halle meldet sich Hartwig Heber:

"Spektakulär war der Kirchentag in Halle kaum. Er war aber das vielleicht politischste der vier regionalen Treffen in der DDR. Dafür sprachen nicht nur die *20 Thesen zur gesellschaftlichen Erneuerung*, die in einem der Arbeitskreise vorgestellt worden waren, dafür sorgte in noch größerem Maß der erneute Eingriff der Zensurbehörde in die Kirchenpresse. Wie schon am vergangenen Wochenende konnten die *Mecklenburgische Kirchenzeitung*, das Thüringer Blatt *Glaube und Heimat* sowie *Die Kirche* in Ost-Berlin nicht erscheinen. Dazu waren auch die neue Ausgabe des Evangelischen Nachrichtendienstes ENA und erstmals auch eine kirchliche Nachrichtensendung im DDR-Rundfunk vom Eingriff des Ost-Berliner Presseamtes betroffen.

In allen Fällen ging es offenbar um die Berichte über vorangegangene Kirchentage, auch wenn offiziell keine Begründung für die geforderten

Streichungen gegeben wurde. Auf die Maßnahme hat speziell die thüringische Kirchenleitung energisch reagiert. Von den Kanzeln dieser Region wurde während des Gottesdienstes ein entschiedener Protest verlesen. Die Rede war von einem Diktat des Presseamtes in Ost-Berlin, das einem Erscheinungsverbot gleichkomme.

Auf einer Pressekonferenz zum Abschluss des Kirchentages erklärte der Magdeburger Bischof Christoph Demke, die Kirche sei nicht an einer Berichterstattung in ihren Blättern interessiert, aus welcher der Verlauf von Kirchentagen nicht mehr erkennbar sei.

Ein Arbeitskreis des Kirchentages hat in einer Eingabe beim Presseamt die Einhaltung der entsprechenden Verfassungsbestimmungen der DDR gefordert. Am Vormittag hatte der Ost-Berliner Konsistorialpräsident Manfred Stolpe während einer Podiumsdiskussion zum Kirchentag eine bemerkenswerte neue Einsicht des Staates darin gesehen, dass das SED-Politbüro kürzlich erstmals von einer gemeinsamen Verantwortung von Staat und Kirche gesprochen habe. Dies sei eine Anerkennung der gesellschaftlichen Aktivitäten der Kirche. Umgestaltung müsse es in *jeder* Gesellschaft geben, sagte Stolpe dann auf Fragen der Zuhörer nach Perestroika auch in der DDR. Es sei bereits zu behutsamen Reformen gekommen und die Kirche müsse den Staat zur Fortsetzung ermutigen. Stolpe fuhr dann aber fort:

'Wir werden als Kirche sagen müssen: es wird auch mehr erkennbar sein die Veränderung. Es genügt nicht, dass von verantwortlicher Seite die Vorstellung besteht: wir wollen verbessern, aber wir machen das mit einer großen Vorsicht, so dass die Leute gar nicht viel merken davon. Menschen müssen sehen wo sich etwas verändert und Menschen müssen erfahren, dass Reformpolitik auch so etwas wie einen qualitativen Sprung machen kann, der für alle auch ein Anstoß sein sollte, der die Menschen dazu führt, die Politik zu unterstützen.'“

Unserer Wittenberger Thesen fanden ihr Echo bis in das **Zentralkomitee der SED:**

Der an Geistlosigkeit, Wirklichkeitsignoranz und Machtanmaßung kaum zu übertreffende Parteichef von Halle, Hans-Joachim Böhme, reagierte auf unsere „Zwanzig Thesen zur gesellschaftlichen Erneuerung“ mit folgenden Sätzen:

»Jenen verantwortungslosen>Erneuerungsaposteln<, die ihre persönlichen Rezepte über BRD-Medien als Meinung der Christen unseres Landes anzubieten versuchen, sagen wir klipp und klar: Die DDR-Bürger lassen sich durch nichts und niemanden zum Kapitalismus >zurückreformieren<. Wer uns vorschlägt, an Stelle sozialer Leistungen sozialen Druck zu setzen und die Preise für Grundnahrungsmittel, Tarife und Mieten zu erhöhen, dem kann es doch nicht um mehr Sozialismus, sondern nur um seine Destabilisierung gehen. Die neuen Fragen der Entwicklung der Deutschen

Demokratischen Republik kann man nicht mit abgedroschenen Antworten der bürgerlichen Ideologie lösen wollen. Deshalb werden wir auch künftig denen keine Zugeständnisse machen, die uns dazu drängen möchten, hauptsächlich über Fehler, Mängel und Rückschläge zu sprechen. Wir halten uns weiter an Rosa Luxemburg, die vor 50 Jahren den Gründern der Kommunistischen Partei Deutschlands mit auf den Weg gab: >Wir bewahren die Glut, das Feuer, die Flamme, und nicht die Asche der Geschichte.< Ich kann sagen, dass dieses Feuer in den Zentren der Arbeiterklasse, in den Partei- und Arbeitskollektivs unseres Bezirkes kräftig lodert.“ (Neues Deutschland 3./4. Dezember 1988)